



# Reden

10.03.2010

## Thema: Dringlichkeitsantrag – Änderung des Parteiengesetzes

**Florian Streibl (FW):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beraten jetzt ein Thema, das sozusagen ein Markenzeichen der Freien Wähler ist: die Unabhängigkeit. Mit Parteispenden haben die meisten Bürgerinnen und Bürger ein Problem. Parteispenden, Sponsoring, NordrheinWestfalen ein Basar der Politik. Man könnte auch sagen "Rent a Ministerpräsident". Das alles hat eine gewisse Anrüchigkeit, deshalb muss mehr Transparenz geschaffen werden. Wenn sich ein Großspender aus der Hotellerie scheinbar eine Steuerermäßigung erkaufen kann, dann kann

das nicht im Sinne des Gesetzgebers und der Bevölkerung sein. Es stellt sich die Frage: Benötigen Parteien Geld? Das trifft wohl zu. Aber woher soll es kommen? Die nächste Frage ist: Benötigt man für die politische Willensbildung Geld? Ist sie von Geldflüssen abhängig? Letztlich sind es doch die Bürger, die die Politiker in die Parlamente wählen. Deshalb müssen es auch die Bürger sein, die die Parteien finanzieren. Ein altes Sprichwort sagt: Wer zahlt, schafft an. In einer Demokratie kann es doch eigentlich nur der einzelne Bürger sein, der anschafft.

(Beifall bei den Freien Wählern) Organisationen, Firmen oder Verbände dürfen nicht Einfluss auf die Politik nehmen, sie dürfen nicht diesen Anschein oder auch nur ein bestimmtes Bedürfnis erwecken. Die Organisationen dürfen durch ihre Finanzkraft nicht Einfluss auf die Politik, auf die Entscheidungen, nehmen. Sie dürfen nicht mehr Einfluss nehmen, als das den einzelnen Bürgern möglich ist. Wir haben deshalb den vorliegenden Dringlichkeitsantrag gestellt, der Parteispenden auf natürliche Personen begrenzt. Juristische Personen und Personenvereinigungen dürfen danach keine Spenden mehr machen. Natürliche Personen dürfen Parteispenden nur noch bis zu einer Höhe von 50.000 Euro jährlich machen, damit finanzkräftige Familien keine höheren Beträge spenden können. Auch das Sponsoring muss offengelegt werden. Mehr Transparenz muss auch in der Frage sein, wie Spenden behandelt werden. Damit man uns nicht vorwerfen kann, die Freien Wähler würden sich als Wählergruppe in dieser Frage leichter tun, haben wir gesagt, Wählergruppen und Parteien müssen gleich behandelt werden. Wir wollen also kein Privileg für uns erreichen. Wir können es auch so machen, wie es uns die Grande Nation Frankreich vorgemacht hat: Seit 1995 ist es dort Firmen und juristischen Personen verboten, Parteispenden zu machen. Das wirkt sich auf die Glaubwürdigkeit der Politik aus. Wenn man sagt, nur der Bürger kann eine Partei fördern und auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen, dann hat das Auswirkungen. Letzen Endes müssen die Parteien schließlich Politik für den Bürger machen und nicht Politik für die Organisationen oder für Wirtschaftsverbände. Man kann das Vertrauen in die Politik stärken, wenn dargelegt wird, woher das Geld kommt, und wenn man sich bescheidener gibt. Den Anschein jeglicher Käuflichkeit sollte man tunlichst vermeiden. Leider gibt es dieses Bild in der Bevölkerung, wahrscheinlich in vielen Fällen noch nicht einmal zu Unrecht. Diesem Denken muss man eine Politik der Glaubwürdigkeit entgegenstellen. Der politische Erfolg, meine Damen und Herren, darf nicht von der Finanzkraft abhängen, der politische Erfolg muss von der Vernünftigkeit der politischen Argumente abhängig sein, von der Glaubwürdigkeit der Personen, die diese Argumente vortragen. Das heißt Politik. So muss unabhängige Politik sein, eine Politik, wie wir als Freie Wähler sie vertreten. (Beifall bei den Freien Wählern)